

Antworten der CDU

Bernhard Recker MdL, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW



1. Prioritäten:

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei nach der Wahl als erste ergreifen, um die schulische Bildung in Nordrhein-Westfalen zu verbessern?

Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die schulische Bildung in Nordrhein-Westfalen werden wir kurzfristig in Angriff nehmen. Hierzu zählen die Rücknahme des neuen Schulgesetzes sowie der dazugehörigen Ausbildungsordnungen als auch die Schaffung der Voraussetzungen für die Einstellung von zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern.

2. Schulstruktur:

Welche Veränderungen an dem bestehenden Schulsystem hält Ihre Partei für unverzichtbar?

Das gesamte Bildungswesen muss nach Leistung und der Qualität neu justiert werden.

Wird Ihre Partei nach der Wahl eine gemeinsame Schule für alle Schüler bis zum Ende der Klasse 10 oder bis zu einer anderen Klassenstufe einführen?

Mit der CDU wird es keine Einheitschule geben.

Wie soll ein evtl. beabsichtigter Umbau des Schulsystems finanziert werden?

Wir werden unser bewährtes Schulsystem weiterentwickeln und verbessern. Die Finanzierung wird über Kürzungen bei Subventionen (z.B. bei Kohle und Windkraft) und beim Personal der inneren Landesverwaltung sichergestellt.

Wird Ihre Partei Verbundschulen einführen?

Wir wollen auch kleine Schulen vor Ort erhalten. Unter dem Aspekt der demographischen Entwicklung werden wir jedoch auch die Möglichkeit eröffnen, in Verbindung und Zusammenarbeit verschiedener Schulformen ein wohnortnahes und differenziertes Schulangebot sicherzustellen. Allerdings nicht als „Einheitsschule“ sondern in organisatorischer Zusammenarbeit verschiedener Schulformen mit jeweils eigenen Inhalten und Abschlüssen. Der Unterricht in den Kernfächern muss schulformspezifisch stattfinden.

3. Schulgesetz und Schulaufsicht:

Wird Ihre Partei einzelne Regelungen des gerade verabschiedeten Schulgesetzes zurücknehmen und gegebenenfalls welche? Welche bislang nicht erfüllten Forderungen der Landeselternschaft der Gymnasien in ihrer Stellungnahme zum neuen Schulgesetz wird Ihre Partei sich zu eigen machen?

Das Schulgesetz ist im Ansatz verfehlt. Es ist keine Antwort auf die erschreckenden Ergebnisse der PISA-Studie. Darum werden wir umgehend nach der Wahl das Gesetz außer Kraft setzen und einen qualitäts- und leistungsorientierten Gesetzentwurf vorlegen. Die Forderung der Landeselternschaft, den gymnasialen Bildungsgang als eine Einheit von Klasse 5 bis 12 zu begreifen, unterstützt die CDU ausdrücklich. Eine Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges ist nur möglich, wenn das Stundenvolumen über den gesamten Bildungsgang erarbeitet wird. Eine

Kürzung der Stundentafel auf 265 Wochenstunden führt dazu, dass unsere Schülerinnen und Schüler auch national nicht mehr wettbewerbsfähig sein werden, da in anderen Bundesländern, auch mit verkürztem Bildungsgang, bereits heute wesentlich mehr Unterricht erteilt wird. Die Einführung eines integrierten Faches Naturwissenschaften lehnt die CDU genauso



Bernhard Recker, CDU

Der Vater von zwei Kindern war von 1983 bis 1995 Schulleiter an der Mariengrundschule in Ahlen. Bernhard Recker ist seit 1974 CDU-Mitglied und Mitglied des Rates der Stadt Ahlen. Seit 1995 ist er Abgeordneter im Landtag NRW und Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW ist er seit 1997. Darüber hinaus ist Bernhard Recker Mitglied der Bildungskommission der CDU auf Bundesebene.

ab wie eine Versetzung auf Probe. Die Versetzungsordnung muss nach klaren Qualitäts- und Leistungskriterien gestaltet werden.

Wird Ihre Partei den eingeschlagenen Weg hin zu einer dezentralen, schulformübergreifenden Schulaufsicht fortsetzen?

Eine Neuordnung der Schulaufsicht muss auch im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform betrachtet werden. Sicherlich ist eine schulformübergreifende und kommunalisierte Schulaufsicht, wie sie Rot-Grün will, der falsche Weg. Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit und zur Qualitätssicherung ist eine Schulaufsicht in einer größeren Fläche unerlässlich. Es bedarf einer bestimmten Anzahl von Schulen, damit überhaupt die Leistungsfähigkeit verschiedener Schulformen sichergestellt werden kann. Es ist wenig sinnvoll, wenn Beamte der Schulaufsicht aus dem Grundschulbereich die Fachaufsicht an Gymnasien ausüben. Wir wollen die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Schulen im nordrhein-westfälischen Schulgesetz verankern. Das Schulwesen soll staatlich verantwortet bleiben und unter der Aufsicht des Staates stehen. Die Schulen sollen jedoch im Rahmen der staatlichen Vorgaben und der Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Erziehung, den Unterricht, das Schulleben sowie ihre inneren Angelegenheiten selbständig und in eigener Verantwortung gestalten. Daher ist es wichtig, dass die Schulaufsicht einen weiträumigen Vergleichmaßstab hat, der auch überregional sichergestellt werden muss.

Wird Ihre Partei zusätzliche Institutionen zur Steuerung des Schulwesens einrichten und welche Aufgaben sollen von wem übernommen werden?

Zur Überprüfung der Leistungen von Schulen wollen wir ein unabhängiges

Institut für Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung gründen. Dieses Institut soll Aufgaben der internen und externen Evaluation der Schulen übernehmen. Es veröffentlicht regelmäßig einen Bildungsbericht, in dem, differenziert nach Landkreisen, Schulformen und Schulbereichen, über den Entwicklungsstand und die Qualität der einzelnen Schulen berichtet wird.

4. Lehrerversorgung am Gymnasium:

Wie will Ihre Partei dem Unterrichtsausfall entgegenreten?

Um den massenhaften Unterrichtsausfall von über 5 Mio. Unterrichtsstunden an den Schulen wirkungsvoll zu bekämpfen, werden wir in den kommenden Jahren 4.000 zusätzliche Lehrerstellen schaffen.

Wird Ihre Partei die Schüler-Lehrer-Relation am Gymnasium verändern und eine Stellenreserve einführen?

Den Spielraum bei den Lehrerstellen, der durch die zurückgehenden Schülerzahlen entsteht, wollen wir teilweise nutzen zur Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation und zur Ausweitung der Stundentafel.

Wird Ihre Partei kleinere Klassen am Gymnasium ermöglichen?

Zusätzliche Lehrerstellen und rückläufige Schülerzahlen werden es ermöglichen, auch die Klassengrößen zu verkleinern. Zur Zeit haben mehr als 30 Prozent der Klassen in Nordrhein-Westfalen über 27 Schüler in der Klasse. Das wollen wir ändern.

5. Individuelle Förderung der Schüler:

Wie wird Ihre Partei individuelle Fähigkeiten und vorhandene Defizite von Schülern am Gymnasium fördern bzw. beseitigen?

Verbesserung der individuellen Förderung werden zusätzliche Lehrerstellen bereitgestellt. An Schulen werden

außerunterrichtliche Angebote eingerichtet, die der besonderen Förderung der Schülerinnen und Schüler dienen. Zur gezielten Förderung von hochbegabten wie leistungsschwächeren Kindern und Jugendlichen wird den Schulen die Möglichkeit gegeben, Förderverbände zu gründen, die diesen Kindern ein erweitertes Bildungsangebot bzw. eine zielgerechte Förderung zur Verfügung stellen. Zum besseren Umgang mit individuellen Schwächen und Stärken werden Lehrerinnen und Lehrer schon im Bereich der Lehrerbildung in Diagnose- und spezifischer Förderfähigkeit ausgebildet bzw. weitergebildet.

Welche zusätzlichen Personalressourcen wird Ihre Partei für diese Förderung bereitstellen?

Zusätzliche Personalressourcen wird es im Rahmen der geplanten Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen geben. Zudem können die Schulen im Rahmen der Stundentafeln und Maßnahmen der inneren und äußeren Differenzierung spezielle Förderangebote machen.

6. Schulzeitverkürzung am Gymnasium:

Wie hoch wird die Anzahl der Wochenstunden am Gymnasium - aufgeteilt nach Sekundarstufe I und II - bei einem Abitur nach acht Jahren sein?

Wir haben die Kürzung der Stundentafel des Gymnasiums bei der Schulzeitverkürzung von 272 auf 260 als „Billiglösung“ abgelehnt. Wir müssen die Stundentafeln in der Sekundarstufe I und II ausweiten. Auch im verkürzten Bildungsgang sollen mindestens 272 Stunden erteilt, besser noch ausgeweitet werden.

7. Ganztagschulen:

Wird Ihre Partei für die Einrichtung von echten Ganztagsgymnasien finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt oder aus dem Förderpro-

gramm des Bundesbildungsministeriums bereitstellen?

Wir wollen Ganztagschulen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken und die Erziehungs- und Bildungsvorteile der Ganztagschule nutzen. Echte Ganztagschulen sind eine wesentliche Antwort auf die durch PISA dokumentierten Bildungsdefizite. Für den Auf- und Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsgerechten echten Ganztagschulsystems in allen Schulformen werden nach einer Anlaufphase Mittel in einer Größenordnung von schließlich 120 Millionen Euro jährlich bereitgestellt, von denen 75 Mio. Euro für zusätzliche Lehrerstellen (ca. 1.500 Stellen) eingesetzt werden sollen.

8. Selbstständige Schule:

Welche Freiräume wird Ihre Partei den Gymnasien eröffnen,
- bei der Lehrereinstellung,
- bei der Unterrichtsgestaltung?

Wir wollen die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Schulen im nordrhein-westfälischen Schulgesetz verankern. Das Schulwesen bleibt staatlich verantwortet und steht unter der Aufsicht des Staates. Die Schulen sollen jedoch im Rahmen der staatlichen Vorgaben und der Rechts- und Verwaltungsvorschriften die Erziehung, den Unterricht, das Schulleben sowie ihre inneren Angelegenheiten selbständig und in eigener Verantwortung gestalten. Das bedeutet:

- Die Schulen erhalten Stellen und ein Sachmittelbudget.
- Die Schulen stellen Lehrerinnen und Lehrer selbst ein.
- Das Land gibt Kerncurricula und Bildungsstandards vor. Die Schulen konkretisieren die Kerncurricula und müssen die Bildungsstandards eigenverantwortlich erreichen.

Dabei werden die Schulen auf dem Weg in die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung vom Land wirksam unterstützt werden.

9. Maßnahmen der Qualitätsentwicklung:

Wie wird Ihre Partei Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung gestalten?

Wir sind für zentrale Abschlussprüfungen und wollen Lernstandserhebungen in den 3. und 8. Klassen, damit genügend Zeit bleibt zur Aufarbeitung von Defiziten. Wir stehen für eine starke, schulformspezifische Schulaufsicht. Schulformspezifische Bildungsstandards sind die Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen der internen und externen Evaluation. Die Schulen und die Schulaufsicht sind zu kontinuierlicher Qualitätsentwicklung und -sicherung verpflichtet. Diese Aufgabe erstreckt sich auf die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit, die Organisation der Schule, das Schulleben sowie auf die außerschulischen Kooperationsbeziehungen.

Wie transparent wird Ihre Partei Ergebnisse der Qualitätsüberprüfung machen?

Die Evaluation dokumentiert die Leistungs- und Qualitätsentwicklung der Schulen und dient der Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität schulischer Abschlüsse. Die Ergebnisse der Evaluation werden veröffentlicht. Die Schulen stellen sich so dem Wettbewerb um die Verbesserung der schulischen Arbeit.

Welche Pläne hat Ihre Partei in Bezug auf das Landesinstitut in Soest?

Die Arbeit und Effizienz des Landesinstitutes in Soest ist in den vergangenen Jahren immer wieder grundlegend in Frage gestellt worden. Die Ergebnisse der PISA-Studie zeigen, dass es keinen wertbaren Erfolg hat. Nach 39 Jahren sozialdemokratisch-ideologischer Bildungspolitik bedarf es eines konsequenten Neuanfanges. Dazu ist das Landesinstitut in seiner jetzigen Verfassung nicht in der Lage.

10. Schulen in freier Trägerschaft:

Wie wird Ihre Partei die finanzielle Unterstützung von Schulen in freier Trägerschaft gestalten?

Schulen in freier Trägerschaft sind geprägt von spezifischen Bildungs- und Erziehungszielen sowie der Besonderheit in ihrer Unterrichtsgestaltung. Wir verstehen Schulen in freier Trägerschaft nicht als einen Ersatz für staatliche Schulen. Aber sie sind eine wesentliche Ergänzung zum staatlichen Schulwesen. Schulen in freier Trägerschaft werden von der Bevölkerung gewollt. Für unser Land heißt das, dass wir den jetzigen Bestand von Schulen in freier Trägerschaft erweitern müssen und ihre finanzielle Unterstützung verlässlich gestalten wollen. Schulen in freier Trägerschaft zeichnen sich vielfach durch überdurchschnittliche Leistungen aus. Sie haben hohe Qualitätsstandards und sind Garanten für Qualität in Erziehung und Bildung. Auch Internationale Schulen stellen in einem international ausgerichteten Wirtschaftsraum, wie dem Land Nordrhein-Westfalen, eine wichtige Ergänzung des Schulangebots dar.

Die CDU will Schulvielfalt und keine Einfalt. Jedes Kind ist anders und darum wollen wir ein leistungsfähiges, begabungsgerechtes Schulsystem, in dem jedes Kind und jeder Jugendliche seine Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln und seinen höchstmöglichen Schulabschluss erwerben kann. ■